

A n t r a g

der Fraktion der SPD

Gründeroffensive Rheinland-Pfalz

I. Der Landtag stellt fest:

In Rheinland-Pfalz gibt es seit 1991 einen deutlich positiven Gründungssaldo. Dies ist auch ein Erfolg der wirtschaftspolitischen Bemühungen der Landesregierung. Angesichts der großen Arbeits- und Ausbildungsplatzprobleme und angesichts der Dimensionen des erforderlichen Strukturwandels sind noch weitergehende politische Anstrengungen erforderlich. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, daß jede zusätzliche Existenzgründung den Arbeitsmarkt entlastet, weil sie zum Entstehen von bis zu fünf Arbeitsplätzen führt.

Für viele Existenzgründerinnen und -gründer ergeben sich im Anfangsstadium von Existenzgründungen Informationsdefizite und Probleme bei der Kapitalbeschaffung. Eine erfolgreiche Gründeroffensive für Rheinland-Pfalz muß diese Defizite deshalb beseitigen und Hilfestellung bei der Problembewältigung aufzeigen.

Wir brauchen deshalb eine neue Gründeroffensive. In vorderster Linie muß ein Wandel im Denken und in den Einstellungen bewirkt werden, der Selbständigkeit und unternehmerisches Handeln aufwertet und zu einem neuen positiven Leitbild in unserem Bundesland führt.

Die Gründeroffensive ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung des Mittelstandes insgesamt. Hierzu gehört auch die Unterstützung bestehender kleiner und mittlerer Unternehmen zur Bewältigung des Strukturwandels und zur Schaffung eines positiven Klimas für mittelständische Unternehmen.

Bisher bereiten die Hochschulen künftige Existenzgründerinnen und -gründer in zu geringem Maße auf die Gründung eines Unternehmens vor. Eine erfolgreiche Gründeroffensive muß deshalb auch dazu führen, daß die rheinland-pfälzischen Hochschulen Vorlesungen zu unternehmensgründungsspezifischen Themen oder Seminare zur Vorbereitung auf die Gründung eines Unternehmens anbieten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

im Rahmen der Gründeroffensive insbesondere die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

1. Beratung, Qualifizierung und Betreuung fördern

Die Beratung, die Qualifizierung und die Betreuung von Existenzgründerinnen und von Existenzgründern sowie von jungen Unternehmen vor, während und in den ersten Jahren nach der Gründung muß intensiviert und stärker gefördert werden, um insbesondere die zu hohe Zahl von Insolvenzen in den ersten Jahren nach der Gründung zu reduzieren.

2. Einrichtung einer Beratungs-Orientierungs-Hotline
Die Transparenz der Existenzgründungsförderung muß verbessert werden, z. B. durch die Einführung computergestützter Beratungssysteme. Erfahrene Ansprechpartner stehen landesweit und regional zur Verfügung. Die Errichtung einer entsprechenden Datenbank ist zu prüfen.
3. Vereinfachung der Wirtschaftsförderungsprogramme
Die vorhandenen Wirtschaftsförderungsprogramme sind daraufhin zu überprüfen, ob sie weiter entbürokratisiert und vereinfacht werden können, um den Zugang von jungen Unternehmen, Existenzgründerinnen und Existenzgründern zu den Förderprogrammen besser zu gewährleisten.
4. Aufbau von Gründer-Netzwerken
Auf Landesebene ist ein Forum einzurichten, das mit der Bündelung von entsprechenden Erfahrungen zur Weiterentwicklung der Mittelstandspolitik des Landes beiträgt. Durch regionale und lokale Initiativen sind in den Regionen des Landes und auch auf lokaler Ebene Gründer-Netzwerke aufzubauen. Die Landesregierung beteiligt sich an diesem Prozeß in beratender Funktion.
5. Unterstützung der kommunalen Wirtschaftsförderung bei der Förderung und Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen
Es ist zu prüfen, wie den kommunalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen die Anwendung der Förderprogramme durch bessere Information und Qualifikation erleichtert werden kann. Die begrenzten Möglichkeiten kommunaler Wirtschaftsförderung sollten zudem stärker als bisher die besonderen Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Gründerinnen und Gründer beachten. Insbesondere das kommunale Flächenmanagement und das Angebot an Gewerberäumen sollte stärker als bisher auf die kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet werden.
6. Unterstützung von Neugründungen im Handwerk und bei der Betriebsnachfolge
Mit der Meister- und Technikergründungsprämie hat Rheinland-Pfalz ein neues Instrument zur Unterstützung der Gründung von neuen Betrieben aufgebaut. In den kommenden Jahren geht es jedoch auch darum, für etwa 20 000 Unternehmen, darunter etwa 8 000 Handwerksbetriebe, das Problem der Betriebsnachfolge zu lösen. Ein Ansatzpunkt hierzu könnte die Förderung von Management-Buy-Out sein. Hierzu ist von der Landesregierung ein Konzept zu entwickeln.
7. Verbesserung der Chancen der Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen
Die Landesregierung startet im Rahmen der Gründeroffensive eine Landesinitiative „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“. Wesentlicher Teil dieser Initiative soll ein Förderprogramm sein, aus dem beispielhafte Projekte in den Bereichen „Frauen und Technik/Frauen im Handwerk“ gefördert werden.
8. Förderung der Existenzgründungen aus der Erwerbslosigkeit
Für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Beschäftigungsinitiativen (z. B. soziale Betriebe) kann der Schritt zur Selbständigkeit ebenfalls eine neue Perspektive eröffnen. Hier sind zusätzliche Anstrengungen zu ihrer Unterstützung erforderlich.
9. Einrichtung einer Gründermesse Rheinland-Pfalz
Der Landtag begrüßt die Initiative der Landesregierung zur Einrichtung einer Gründermesse. Eine solche Messe kann interessante Gründungsmodelle verbreiten helfen und Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen sowie Gründungswillige zusammenbringen. Damit soll die Gründermesse auch einen Beitrag für ein positives Gründungsklima in Rheinland-Pfalz leisten.

10. Mobilisierung von Risikokapital

Im Rahmen der Beteiligungs- und Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung soll verstärkt Beteiligungs- und Risikokapital für Existenzgründerinnen und Existenzgründer angeboten werden. Darüber hinaus müssen Maßnahmen und Strategien entwickelt werden, die die Risikobereitschaft von Kapitalgebern erhöhen und die Mobilisierung von Risikokapital für innovative Unternehmen verbessern. Das Land ergänzt mit dem Instrument zur zinsverbilligten Refinanzierung und beschränkt haftender Beteiligungen seine Förderpolitik. Ferner müssen Kapitalbeteiligungsgesellschaften für die mittelständische Wirtschaft stärker für die Existenzgründung und die Expansion junger Unternehmen eingesetzt werden.

11. Förderung von umweltverträglichen Produkten und Produktionstechniken

Im Rahmen einer Initiative „Produktionsintegrierter Umweltschutz“ könnte innovativen kleinen und mittleren Unternehmen bei der Entwicklung umweltverträglicher Produkte und Produktionstechniken und bei deren Einsatz Beratung angeboten werden. Ziel muß sein, bestehende Einrichtungen, die im Bereich des produktionsintegrierten Umweltschutzes arbeiten, stärker auf dieses Ziel auszurichten und diese Betriebe durch eine Beratungsstelle zu vernetzen.

12. Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“

Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ könnte die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes vorangetrieben werden. Denkbare Maßnahmen würden sich zu einem nicht unerheblichen Teil an kleine und mittlere Unternehmen richten, die ihre Produkt- und Dienstleistungspalette im Umwelt- und Energiebereich haben.

Die Umsetzungschancen für ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm sind zu prüfen.

13. Entwicklung von mittelstandsfreundlichen Contracting-Modellen und Förderung von betrieblichen Energiekonzepten

Unternehmen können ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Energieeinsparung erhöhen. Dazu gehört, daß betriebliche Energiekonzepte und mittelstandsfreundliche Contracting-Modelle aufgestellt werden. Kleine und mittlere Unternehmen bedürfen hierbei der Unterstützung durch das Land. Eine Initiative „Zukunftsenergien“ könnte Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützen, die auf diesem Gebiet innovative Verfahren und Techniken entwickeln.

14. Beratungseinrichtung für ausländische Unternehmen

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz bemüht sich verstärkt um ausländische Gründerinnen und Gründer.

15. Berufliche Erstausbildung attraktiv gestalten

Wirtschaft und Landesregierung setzen sich gemeinsam dafür ein, daß junge Menschen die Möglichkeit der Berufswahl zu Beginn ihres Erwerbslebens haben. Die Attraktivität der beruflichen Erstausbildung muß für die Auszubildenden und für die ausbildenden Betriebe erhöht werden. Dazu müssen Ausbildungsberufe und Ausbildungsordnungen – bei voller Sicherung des Qualifikationsstandards – der Situation kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Anforderungen stärker gerecht werden.

Begründung:

Die Gründeroffensive Rheinland-Pfalz ist eine wichtige Initiative zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigeninitiative. Rheinland-Pfalz benötigt einen Wettbewerb um die besten Ideen für den Strukturwandel. Rheinland-Pfalz braucht ein Gründungsklima, durch das Selbständigkeit und Kreativität gefördert wird.

Mit der Gründeroffensive soll unternehmerisches Handeln, aber keine Subventionsmentalität gefördert werden. Bisher wird die überwiegende Zahl der Existenzgründungen in Rheinland-Pfalz ohne öffentliche Finanzhilfen vollzogen. Besonders wichtig ist die Information, die Qualifizierung, die Beratung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern sowie die Betreuung junger Unternehmen in den ersten Jahren nach der Gründung. Dieser Teil der Gründeroffensive ist deshalb von besonderer Bedeutung.

Die potentiellen Träger der Gründeroffensive könnten folgende Beiträge erbringen:

1. Angebot von speziellen Finanzierungspaketen, aber auch von Gesamtpaketen (Qualifizierung, Beratung, Finanzierung, Betreuung in der ersten Phase) für Gründerinnen und Gründer durch Banken und Sparkassen.
2. Durchführung besonderer Beratungstage der Kammern, Beratungs- und Transferstellen sowie der Einrichtungen der kommunalen Wirtschaftsförderung für Gründerinnen und Gründer.
3. Verstärkte Ausweisung von Kleingewerbeflächen durch die Kommunen.
4. Durchführung von Gründertagen an Universitäten und Fachhochschulen sowie von beispielhaften praxisnahen Gründerseminaren und -kursen; Hilfestellung bei Informations- und Qualifizierungsdefiziten, Patenschaften und Weiterbildungskursen.

Die Landesregierung, die Kommunen, die Investitions- und Strukturbank, die Kreditinstitute und die vielfältigen Beratungsinstitutionen sollen ihre Handlungsbeiträge aufeinander abstimmen, Gemeinschaftsaktionen entwickeln und ein Gründernetzwerk auf- und ausbauen mit dem Ziel des gegenseitigen Informationsaustausches zwischen den Selbständigen von heute und von morgen und der Politik.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion:
Karl Peter Bruch